

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

## **N i e d e r s c h r i f t**

### **Innen- und Rechtsausschuss**

16. WP - 46. Sitzung (öffentlicher Teil)

am Mittwoch, dem 2. Mai 2007, 14:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Werner Kalinka (CDU)

Vorsitzender

Peter Lehnert (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Peter Eichstädt (SPD)

Thomas Hölck (SPD)

Klaus-Peter Puls (SPD)

Thomas Rother (SPD)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Fehlende Abgeordnete**

Ursula Sassen (CDU)

Monika Schwalm (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften</b>	<b>4</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/1154	
<b>2. Bürokratie abbauen - Sportboothafenverordnung überarbeiten</b>	<b>6</b>
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/873	
<b>3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesverfassung</b>	<b>7</b>
Gesetzentwurf der Fraktionen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/1291	
<b>4. Verschiedenes</b>	<b>8</b>
<b>Der nachfolgende Punkt ist gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO nicht öffentlich beraten worden.</b>	
<b>5. Petition L 142-16/141 Personalwesen; Verbeamtung</b>	<b>9</b>
hierzu: Umdrucke 16/931, 16/1126, 16/1851	

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/1154

(überwiesen am 26. Januar 2007)

hierzu: Umdrucke 16/1736, 16/1737, 16/1747, 16/1748, 16/1793, 16/1801,  
16/1803, 16/1804, 16/1877, 16/1909, 16/1918, 16/1919,  
16/1993

Abg. Kubicki verweist darauf, dass der Finanzausschuss im Rahmen seines Selbstbefassungsrechts sich ebenfalls mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung befasst habe und den von der FDP vorgelegten Änderungsantrag, Umdruck 16/1737, zur Annahme empfohlen habe.

Abg. Rother stellt den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD, Umdruck 16/1993, vor, der zum einen die von der FDP-Fraktion vorgeschlagene Beibehaltung der Portofreiheit für Wahlbriefe enthalte. Zum anderen hätten sich die beiden großen Fraktionen noch auf weitere Änderungen geeinigt. Durch die vorgesehenen Streichungen in Artikel 2 werde auch weiter für die Besetzung der Wahlausschüsse die Gemeindevertretung beziehungsweise der Kreistag zuständig sein. Außerdem werde es auch künftig dabei bleiben, dass es einen besonderen Wahlprüfungsausschuss zur Vorbereitung der Entscheidung der Vertretung über die Gültigkeit der Gemeindewahl beziehungsweise der Kreiswahl, über Wahleinsprüche und bei Zweifelsfällen im Listennachfolgeverfahren gebe. Mit der für Artikel 3 vorgesehenen Änderung im Antrag der Fraktionen von CDU und SPD, Umdruck 16/1993, solle die Zeitspanne, in der die Landratswahl stattfinden müsse, um einen Monat verlängert werden. Das ermögliche eine flexiblere Handhabung, insbesondere die Zusammenlegung mit Kommunalwahlen, und dadurch eine Senkung der Kosten.

M Dr. Stegner erklärt, in der Sache lasse sich gegen die vorgelegten Änderungsvorschläge nichts einwenden, wenn man die Struktur des Ehrenamtes stärken wolle. Er mache jedoch darauf aufmerksam, dass diese Änderungen auch Entbürokratisierungsvorschläge eines anderen Teils der Landesregierung betreffen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften, Drucksache 16/1154, in der durch die Änderungsanträge der Fraktion der FDP und der Fraktionen von CDU und SPD, Umdrucke 16/1737 und 16/1993, geänderten Fassung.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bürokratie abbauen - Sportboothafenverordnung überarbeiten**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/873

(überwiesen am 30. Juni 2006 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

hierzu: Umdruck 16/1240

Auf Vorschlag von Abg. Kubicki wiederholt der Ausschuss noch einmal die Bitte an die Landesregierung, im Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktion der FDP, Bürokratie abbauen - Sportboothafenverordnung überarbeiten, Drucksache 16/873, über den aktuellen Verfahrensstand in dem hierzu anhängigen Normenkontrollverfahren und die Einlassung der Landesregierung in dem Verfahren informiert zu werden. Im Übrigen stellt er seine Beratungen bis zur Vorlage der Antwort der Landesregierung zurück.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesverfassung**

Gesetzentwurf der Fraktionen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 16/1291

(überwiesen am 21. März 2007 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Sozialausschuss)

- Verfahrensfragen -

Abg. Eichstädt schlägt vor, eine schriftliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen.

Abg. Hentschel und Abg. Kubicki sprechen sich vor dem Hintergrund der erst vor kurzem zu einem anderen Gesetzentwurf zur Änderung der Landesverfassung mit gleichem Inhalt durchgeführten Anhörung und der Tatsache, dass mittlerweile eine große Einigkeit in der Sache bestehe, gegen die erneute Durchführung einer Anhörung aus.

Abg. Kubicki erklärt, interessant wäre lediglich, ob es vonseiten der Landesregierung noch Vorschläge im Hinblick auf die Formulierung des Gesetzentwurfs gebe. - M Dr. Stegner kündigt an, dem Ausschuss einen Vorschlag zur Verbesserung der Formulierung des Gesetzentwurfs zuzuleiten. In der Überschrift sei von „Schutz und Förderung“ von Kindern und Jugendlichen, später im Text nur noch von „Schutz“ der Kinder und Jugendlichen die Rede.

Der Ausschuss beschließt, zunächst die angekündigte Vorlage des Innenministeriums und die Empfehlung des beteiligten Sozialausschusses abzuwarten und danach in weitere Beratungen einzutreten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Abg. Kubicki regt an, in einer der nächsten Sitzungen einen Bericht des Innenministeriums über die neu eingerichtete Stelle für einen Anti-Korruptionsbeauftragten des Landes entgegenzunehmen. In diesem Zusammenhang interessierten ihn besonders, was hinter der Einrichtung dieser Stelle stecke, welche Erfolge zu erwarten seien und über welche Erfolge und Aktivitäten in der Vergangenheit berichtet werden könne. - Der Ausschuss schließt sich diesem Verfahrensvorschlag an und nimmt in Aussicht, in einer der folgenden Sitzungen auch Generalstaatsanwalt Rex zu dem Thema Korruption einzuladen.



Punkt 5 der Tagesordnung:

**Petition L 142-16/141**  
**Personalwesen; Verbeamtung**

hierzu: Umdrucke 16/931, 16/1126, 16/1851

Dieser Tagesordnungspunkt ist gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i.V.m. § 17 Abs. 1 Satz 3 GeschO nicht öffentlich behandelt worden (siehe nicht öffentlichen Teil der Niederschrift).

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, schließt den öffentlichen Sitzungsteil um 14:25 Uhr.

gez. Werner Kalinka  
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder  
Geschäfts- und Protokollführerin